

Niederschrift

zur 41. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 20.06.2017	18:32-21:31 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Kai Hamacher,

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnack als Vertreter für René Benz,
Stephan Wende,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,
Rolf Hilke ab 18:52 Uhr (TOP 7),
Jens Hoffrichter,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,
Jürgen Luban,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,
Thomas Apitz,
Rolf-Peter Hooge,
Heinz-Georg Lehmann,
Bernd Saliter,
Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschape, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,
Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,
Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Sigrid Daske, Behindertenbeirat,
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,
Myriam Kalipke, Sachkundige Einwohnerin,
Manja Wilde, Märkische Oderzeitung,
Herr Popp, Stadtgeflüster,

Roswitha Carlin,
Erich Christoph,
Matthias Pilz,
Herr Weisensee sowie
acht weitere Bürgerinnen und Bürger.

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:32 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung festgestellt, es sind neun stimmberechtigte Abgeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt die Änderung der Tagesordnung vor: Der Punkt 8.5 Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 105 „Am Berghang“ wird zurückgezogen. Stattdessen soll an dessen Stelle der Tagesordnungspunkt „Schlussbericht Stadtumbau Rückbau“ ergänzt werden.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift (entfällt)

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Informationsbroschüren über Förderprogramme am Tisch des Vorsitzenden ausliegen, die bei Interesse mitgenommen werden können.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Pilz stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu.

Herr Pilz ist Anwohner der **Albert-Kleeberg-Straße** und ist besorgt, dass im Zuge des Bauprojektes Uferstraße der Baustellenverkehr und auch der zukünftige Anliegerverkehr durch die Albert-Kleeberg-Straße fließen werden und wegen des schlechten Straßenzustands ein Ausbau notwendig wird, wofür die Anlieger der Albert-Kleeberg-Straße Erschließungsbeiträge zahlen müssen. Herr

Tschepe wird im TOP 8.6 dazu mehr sagen. Die Bedenken und Eingaben der Bürger werden aber bei den Überlegungen einbezogen.

Frau Carlin stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu.

Sie bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 8.1 und bemerkt, dass in der Lindenstraße vor Hausnummer 9 zwei **Baumscheiben** bereits seit zehn Jahren unbepflanzt sind.

Frau Carlin weist darauf hin, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 18 im Jahr 2001 **sechs großkronige Bäume** festgesetzt wurden, die bis heute nicht gepflanzt sind. Auf Herrn Tschepe Nachfrage nach dem konkreten Standort sagt Frau Carlin, dass es sich um Flurstück 14 handelt, welches nicht durch den Bebauungsplan Nr. 85 überplant wurde. Hier nimmt Herr Tschepe die Information mit und bemerkt, dass im Zuge von Ersatzpflanzungen immer Standorte für Bäume gesucht werden.

Frau Carlin regt **Baumpatenschaften** zum Gießen der Bäume an.

Die **Konversionsfläche** an der heutigen Henry-Hall-Straße wurde nach Frau Carlins Informationen 1992 von der Kreisverwaltung ab der Geländeoberkante durch den Gebäudeabriss saniert und das Grundstück folgend an die Stadt übertragen. Sie fragt, ob seitens der Stadt eine Bodensanierung erfolgte. Herr Tschepe nimmt die Frage mit und wird die Informationen weitergeben.

Herr Weisensee stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu.

Er würde es begrüßen, wenn zum Thema Ausbau der (westlichen) **Henry-Hall-Straße** eine Beratung zum Informationsabgleich stattfinden würde. Herr Tschepe sagt, dass zunächst das Bodengutachten abgewartet wird, welches die Stadtverordneten verlangt haben. Dessen Ergebnis wird in der Ausschusssitzung im Juli präsentiert. Herr Wende findet den Vorschlag generell vernünftig, da er das Gefühl hat, dass bei den Beteiligten sehr unterschiedliche Wahrnehmungen bestehen.

Herr Wende regt an, dass die Stadtverordnete außerhalb des Ausschusses gemeinsam mit der Verwaltung und den Anwohnern zusammentreffen könnten. Er sieht das Problem vor allem bei der unterschiedlichen Interpretation der Protokolle, sodass der Informationsabgleich nicht vom Gutachten abhängt. Den Vorschlag findet Herr Hamacher gut und fragt nach möglichen Terminen. Herr Tschepe schlägt vor, am 11.07. einen Sachstandsbericht zu geben und anschließend einen **Termin** zu vereinbaren. Der Grundsatzbeschluss könnte auch eine Terminkette später erfolgen, um genügend Zeit zur Terminfindung zu haben.

Herr Hoffrichter sieht es als mögliches Problem an, dass alle Anwohner an einem Termin Zeit finden. Herr Henkel sagt, es sollte erst einmal eine Planung geben, um eine gemeinsame Gesprächsgrundlage zu haben. Herr Hemmerling unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, erst einmal das Bodengutachten abzuwarten und sich anschließend zu treffen. Herr Hamacher schlägt die Möglichkeit einer kleinen Runde vor einer Ausschusssitzung vor. Herr Tschepe betont, dass keine Entscheidung gefällt wird, bevor das Treffen stattgefunden hat. Herr Weisensee würde die Anwesenheit der Abgeordneten begrüßen.

Herr Christoph stimmt der Aufzeichnung und Veröffentlichung zu.

Er ist Anwohner der Uferstraße und beklagt, dass nichts Genaues bezüglich der Planungen beim Grundstück **Uferstraße 9** (Alte Baumwollfabrik) bekannt ist. Viele Details, wie die Anfahrtswege, sind ungeklärt. Er weist darauf hin, dass viele Gebäude in der Umgebung nicht ausreichend gegründet sind und bei zunehmendem (Bau-)Verkehr beschädigt werden könnten. Ihn interessieren der Umfang der Bebauung und warum der Uferweg in allen vorgestellten Konzepten fehlt. Herr Hoffrichter sagt, dass bewusst der Ablauf andersherum gewählt wurde, indem die Bürger frühzeitig beteiligt wurden und dass es noch keine abschließenden Planungen gibt. Die Bürger sollen ihre Eingaben machen, damit diese bei der Planung berücksichtigt werden können. Herr Christoph hätte sich eine bessere Aufklärung durch die Stadt gewünscht, da im Moment viel Halbwissen umhergeistert. Herr Tschepe sagt, dass es Informationen dazu im TOP 8.6 geben wird.

TOP 8 **Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

TOP 8.1 **Antrag der SPD-Fraktion zu Ersatzpflanzungen von Bäumen**

6/AN/498

Herr Hemmerling von der einbringenden Fraktion führt aus, dass der Antrag nicht die Kompetenz der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung infrage stellen will, sondern als Anregung der erneuten Prüfung von Ersatzstandorten an Straßen, die bislang von Nachpflanzungen ausgelassen wurden, zu verstehen ist. Bei einigen Straßen, wie die Lindenstraße, sind Nachpflanzungen bei absehbaren Erneuerungen nicht sinnvoll.

Herr Tschepe verweist auf die Stellungnahme der Fachgruppe, die im Info-System verfügbar ist. In den letzten Jahren gab es mehr Neupflanzungen als Fällungen. Falls es konkrete Standortvorschläge gibt, bittet er, diese zu benennen. Herr Hemmerling benennt das Beispiel Trebuser Straße, an der keine Nachpflanzungen mehr erfolgen, obwohl auf längere Zeit kein Ausbau absehbar ist.

Herr Wende sagt, dass der Antrag unschädlich sei, seine Intention aber, wie in der Hausmitteilung dargestellt, schon umgesetzt wird. Er hätte den Wunsch, dass jährlich der Baumbeauftragte einen **Bericht** über geplante Fällungen und Pflanzungen im Ausschuss vorträgt. Er empfiehlt die Überarbeitung des Antrages dahingehend, damit nicht Selbstverständliches beschlossen wird. Herr Tschepe schlägt vor, den Vorschlag des Jahresberichtes des Baumbeauftragten von Herrn Wende unabhängig vom Antrag umzusetzen.

Der Antrag wird mit der **Ergänzung**, dass der Baumbeauftragte jährlich im Stadtentwicklungsausschuss einen Bericht über geplante Baumfällungen und -pflanzungen innerhalb des Stadtgebietes geben soll, einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, Ersatzpflanzungen nach Möglichkeit an der gleichen Stelle vorzunehmen, wo die Baumfällung erfolgte.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadtmöbelkonzept**

6/AN/499

Herr Hemmerling von der einbringenden Fraktion führt aus, dass eine einheitliche Ausführung an Stadtmöbeln angestrebt wird. Dies betrifft Abfallbehälter, Sitzmöbel und Fahrgastunterstände. Die Möbel sollten **vandalismusresistent** sein. Bei dem vorgestellten neuen Abfallbehältertyp sieht er die Gefahr, dass er durch seine Gestaltung zu Beschädigungen einlädt.

Herr Hilke kann dem Antrag unter ästhetischen Aspekten folgen, gibt aber zu bedenken, dass eine kurzfristige Umsetzung unrealistisch ist. Problematisch könnte werden, wenn ein Hersteller seine Produktion einstellt.

Herr Tschepe bemerkt, dass er Frau Wagner von der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung eher so verstanden hat, dass es ihr vorrangig um die Standorte geht. Die Fachgruppe Kommunalservice verbessert gerade ihre Datenbasis, um einen Überblick geben zu können. Die Aufstellungsgrundsätze könnten im Anschluss zur Diskussion gestellt werden. Die Stadt hat ein großes Interesse an einer Vereinheitlichung, ist aber durch das **Vergaberecht** limitiert, da Ausschreibungen keinen bestimmten Typ vorschreiben dürfen. Hier müssten die rechtlichen Voraussetzungen geklärt bzw. geschaffen werden.

Herr Zänker unterstützt den Antrag.

Herr Wende bemerkt, dass schon viele Daten verfügbar sind, und hinterfragt den Mehrwert der Bestandaufnahme. Er spricht sich gegen **Gleichmacherei** aus, da es Langeweile erzeugt. Er würde es bevorzugen, wenn Möbel entsprechend der Bedarfsanmeldungen von Bürgern und Stadtverordneten aufgestellt würden.

Herr Saliter würde eine einheitliche Ausstattung nur an bestimmten Plätzen und Bereichen bevorzugen, um über das Stadtgebiet eine **Abwechslung** zu bekommen.

Herr Hemmerling sagt, dass Vielfalt sich im Grundcharakter ähneln sollte. Er geht davon aus, dass Anbieter ihre Produkte an konkreten **Vorgaben** anpassen können, um im Ergebnis bspw. eine einheitliche Abfallentleerungsmechanik zu erhalten.

Herr Tschepe betont, dass die Fachgruppe Kommunalservice genau daran ein großes Interesse hat. Die bisherige Datenbasis soll verbessert und die Standorte kartiert werden.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ablehnung Ja 3 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.3 Baubeschluss zur Sanierungs- und Umbaumaßnahme der Dacheindeckung KITA "Kunterbunt" 6/DS/514

Herr Hoffrichter fragt, ob mögliche weitere Kita-Gebäude für Dachumbauten existieren. Herr Fettke benennt die **Kita Druschba** in der Frankfurter Straße, bei der ein Umbau aber nicht in den nächsten zwei/drei Jahren zu erwarten ist.

Herr Wende hätte gern Information über die Höhe der **Einsparungen** durch die Nutzung derselben Planer wie für die anderen Dachumbauten. Herr Fettke will dies nachreichen.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ausführung des Bauvorhabens „Sanierung und Umbau der Dacheindeckung KITA Kunterbunt“ im Friedrich-Ludwig-Jahn-Ring 33 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 8 nach HOAI durchzuführen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Bebauungsplan Nr. 43 "Messe- und Veranstaltungsplatz" hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses 6/DS/515

Herr Tschepe informiert, dass die Aufhebung die Vorstufe zu einem Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für die Akademie/Fachschule am Standort ist. Es handelt sich um ein altes Verfahren und auch der Geltungsbereich entspricht nicht den heutigen Erfordernissen. Daher wird vorgeschlagen, den Aufstellungsbeschluss aufzuheben, da eine Änderung einen erheblichen Mehraufwand gegenüber einem neuen Verfahren bedeuten würde.

Herr Zänker fragt nach der Höhe der bisherigen **Kosten** des Bebauungsplans Nr. 43. Dieser wurde ohne Leistungen Dritter durch die Stadtverwaltung erarbeitet, wie Herr Tschepe ausführt.

Herr Almes fragt, ob weiterhin Erweiterungsflächen für den **Heimattiergarten** vorgesehen sind. Herr Tschepe informiert, dass die im Bebauungsplan Nr. 43 vorgesehene Erweiterung bereits realisiert wurde. Weiterer Erweiterungsbedarf des Heimattiergartens sei ihm nicht bekannt, könnte aber durch Vergrößerung nach Westen befriedigt werden.

Herr Hamacher findet es verfrüht, da die genaue Zukunft noch nicht gänzlich geklärt ist. Herr Wende erklärt, dass der Bebauungsplan Nr. 43 nie erstellt, seine Inhalte dennoch realisiert wurden. Bei dem Aufstellungsbeschluss, der jetzt aufgehoben werden soll, handelt es sich nur um den **Auftrag** an die Verwaltung, den Bebauungsplan zu erarbeiten. Die Aufhebung bedeutet demnach nur die Rücknahme des Auftrags.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 43 "Messe- und Veranstaltungsplatz" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (DS 3/292) vom 07.09.2000 für die Flurstücke: Flur 94, Flurstück 2 (tw.), 3 und 4, Gemarkung Fürstenwalde/Spree wird aufgehoben.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.5 Schlussbericht Stadtumbau Rückbau

Herr Tschepe informiert zunächst, dass der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt nur auf einen anderen Termin verschoben wurde.

Beim Förderprogramm Stadtumbau Rückbau, welches zum **Abriss** leerstehender Gebäude genutzt wurde, ist der abschließende Bescheid eingegangen. Das bedeutet, dass weder neue Gelder ausgereicht werden, noch Nachforderungen möglich sind. Die Finanzierung des Programms erfolgte zu 100 % durch Bund und Land. In Fürstenwalde war ursprünglich der Abriss von 1.015 Wohnungen geplant, durch die verstärkte Nachfrage nach Wohnraum wurden aber schlussendlich nur 769 Wohnungen abgerissen. Problematisch war die gemischte Eigentümerstruktur, weil dadurch nur teilweise ein flächiger Abriss möglich war. Der Umgang mit den Leerflächen muss jetzt geklärt werden.

Herr Tschepe bedankt sich bei allen Mitwirkenden für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

TOP 8.6 Aktueller Sachstand zu Fachgutachten (Bahnhof, Altstädter Platz, Uferstraße)

Herr Tschepe informiert, dass der Bericht des Sicherheitsauditors im **Bahnhofsumfeld** mit diversen Beteiligten am 28.06. ausgewertet und im nächsten Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt werden soll. Der Bericht wird rechtzeitig im Informationssystem zur Verfügung gestellt. Das Audit hat nicht die ganz großen neuen Erkenntnisse gebracht, kann aber als Unterstützung für Genehmigungen anderer Behörden hilfreich sein.

Herr Wende hatte das Ergebnis schon eher erwartet. Er bittet darum, den „ungeschminkten“ Beitrag des Auditors präsentiert zu bekommen, da er wenig Vertrauen in die Meinungen von Herrn Arndt (Straßenverkehrsamt des Landkreises) und Herrn Hellmich (Sachbearbeiter ÖPNV im Landkreis) hat. Er empfiehlt zudem, dass sich die Stadt **Partner** sucht, die sie unterstützen können, und weist darauf hin, dass bspw. die Kreistagsabgeordneten behilflich sein könnten.

Das Verkehrsgutachten zum **Altstädter Platz/Goetheplatz** liegt noch nicht abschließend vor. Es soll bis Ende Juni eingehen. Das Wohnbauprojekt wird in vielen Details auf den Prüfstand gestellt. Es hat am vergangenen Freitag einen Vororttermin mit Herrn Engel (Anwohner), dem Investor und der Stadtverwaltung gegeben. Es wird die Einigung auf Eckpunkte angestrebt.

Herr Hilke bittet darum, das Gutachten rechtzeitig in das Ratsinformationssystem zu stellen. Ihm wurde der Eindruck geschildert, dass der Investor kein Entgegenkommen zeigt. Er verweist darauf, dass der Investor durch das Abstecken der Grundstücke Fakten schafft. Herr Tschepe informiert, dass das Abstecken der Visualisierung der Gebäude beim **Ortstermin** diene. Der Investor hat in verschiedenen Punkten Veränderungen vorgeschlagen und auf Belange von Herrn Engel reagiert. Nur bei der Frage, ob Ein- oder Mehrfamilienhäuser gebaut werden sollen, bleibt er konsequent.

Herr Wende hätte sich eine Möglichkeit der Beteiligung des Ausschusses gewünscht und er bittet, das Protokoll der Begehung im Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen. Herr Hoffrichter hätte sich eine Information über den zwischenzeitlichen Kauf des Grundstücks durch den Investor gewünscht. Wegen der engen Zu- und Abfahrten ist die Verträglichkeit der **Zieleinwohnerzahl** entscheidend. Herr Tschepe sagt, dass nichts entschieden ist. Eine Diskussion im Ausschuss wird es geben und es wäre auch möglich, einen Vororttermin vor einer Ausschusssitzung durchzuführen. Der Vororttermin diene vornehmlich dem Kennenlernen der persönlichen Situation von Herrn Engel.

Beim Grundstück Uferstraße 9 (**Alte Baumwollfabrik**) widersprechen alle drei im Bieterverfahren eingegangenen Entwürfe den Festlegungen des Flächennutzungsplans. Die Auswirkungen der Bebauung können erheblich sein, daher werden weitere Planungen nur unter den Festlegungen der Kriterien durch die Stadtverordneten im Anschluss an das geforderte Verkehrsgutachten erfolgen. Momentan sind jedoch kaum Gutachter verfügbar, sodass eine zeitnahe Umsetzung problematisch und ein Ergebnis nicht vor dem Herbst zu erwarten ist.

Herr Almes fragt nach einer Untersuchung der **Altlasten** auf dem Grundstück. An der Beseitigung der Altlasten hat die Stadt ein großes Interesse, wie Herr Tschepe ausführt. Die Einnahmen des Grundstücksverkaufs werden zum Teil für die Altlastenentsorgung verwendet. Ohne den Verkauf wäre eine Altlastensanierung auf absehbare Zeit nicht möglich. Herr Almes regt an, infolge der Erfahrungen mit den Altlasten festzuschreiben, dass bei Grundstücksverkäufen der Stadt bzw. GIP grundsätzlich Bodengutachten erstellt werden. Herr Wende betont, dass vor allem die Sanierung der Flächen wichtig ist. Herr Hoffrichter merkt an, dass die Belastung auch die umliegenden Grundstücke betrifft und diese daher auch von der Sanierung profitieren würden. Herr Hemmerling weist darauf hin, dass die Stadt mit der Konversion auf eigene Kosten gute Erfahrungen gesammelt hat und verweist auf das ehemalige Tanklager an der Berkenbrücker Chaussee. Dies bestätigt Herr Tschepe und sagt, dass die Nachfrage nach Wohnungen die Chance bietet, die Altlasten zu entsorgen. Ähnlich ist es auch beim Gelände an der Staatsreserve, wo viele Altlasten nur durch die Errichtung des Solarparks entsorgt werden können.

Herr Hamacher fragt nach der Größenordnung des **Baustellenverkehrs**. Diese ist erst absehbar, wenn die mögliche Wohnungszahl durch das Verkehrsgutachten festgestellt wird, sagt Herr Tschepe. Herr Fettke ergänzt, dass es die Pflicht des Bauunternehmens ist, eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Schäden können nie gänzlich vermieden werden, Ersatzansprüche werden über das Unternehmen abgegolten.

Herr T. Apitz fragt, ob bei Straßen, deren Ausbau vor allem durch das Projekt notwendig wird, **Anliegerbeiträge** zur Herstellung erhoben werden. Herr Tschepe sagt, dass das zum Prüfpaket gehört, in dem die verkehrliche und finanzielle Belastung der Anwohner geprüft wird. Herr Wende spricht sich für Transparenz aus. Dies kann unter Umständen den notwendigen Ausbau einzelner Straßen bedeuten. Dies sollte den betroffenen Anliegern auch so kommuniziert werden. Er regt auch die Prüfung der Übernahme (eines Teils) der Kosten durch den Investor an. Herr Tschepe sagt, dass das Verkehrsgutachten zu verschiedenen Ergebnissen führen könnte: Sowohl die Konzentration als auch die Verteilung des Verkehrs wären denkbare Lösungen.

Herr Wende spricht sich dafür aus, das **Bebauungsplanverfahren** zügig weiterzuführen, um die Beteiligung fortzusetzen und den Dialog nicht abreißen zu lassen. Herr Tschepe sagt, dass erst das Verkehrsgutachten abgewartet werden soll, daher ist der Aufstellungsbeschluss erst für den Herbst geplant. Herr Hoffrichter sagt, dass der Bebauungsplan als Chance betrachtet werden soll, die Dinge zu regeln. Auch heute könnte schon gebaut werden und dies würde auch Baustellenverkehr erzeugen.

Herr Wende bittet darum, dass die Betroffenen über den Stand und das weitere Verfahren umgehend informiert werden, um falschen „Eindrücken“ zuvorzukommen.

TOP 8.7 Aktueller Sachstand zum Landesnahverkehrsplan

Herr Tschepe erläutert den aktuellen Sachstand anhand zweier Fremdpräsentationen, welche am letzten Donnerstag in Cottbus gezeigt wurden. Der Landesnahverkehrsplan (LNVP) soll für die **Leistungsausschreibungen** für die Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) die geplante Entwicklung im Blick haben, da die aktuellen Verträge 2022 auslaufen. Um den EVU bis zur Neuvergabe im Dezember 2022 genug Zeit zur Vorbereitung zu geben, wird jetzt die Vergabe vorbereitet.

Im Ergebnis der VBB-Prognose führt die Nachfrageentwicklung zu **Kapazitätsengpässen** auf der Strecke Fürstenwalde–Berlin. Auf diesem Abschnitt wird mit einem Fahrgastzuwachs von 63 % bis 2030 gerechnet. Schon durch den Halt am Ostkreuz ab Dezember 2017 wird eine deutliche Nachfrageerhöhung erwartet. Am Bahnhof Berlin Ostkreuz wird eine direkte Verknüpfung zum Zubringer

zum Flughafen Schönefeld bzw. BER hergestellt. Ebenso muss der geplante neue Halt in Berlin-Köpenick ab 2027 beachtet werden. Um die Engpässe abzufangen, sollen zusätzliche RE-1-Fahrten zwischen Brandenburg und Frankfurt (Oder) angeboten werden. Für die RB 35 ist eine Verlängerung nach Bad Saarow Süd (in Pieskow) geplant.

Im LNVP wird für den Korridor der RE-Linie 1 eine **Taktverdichtung** angestrebt. Dazu soll zwischen Werder und Fürstenwalde eine zusätzliche Fahrt je Stunde in der Hauptverkehrszeit erfolgen. Eine allgemeine politische Diskussion ist entstanden, da sich die Städte Frankfurt (Oder) und Brandenburg dadurch vernachlässigt fühlen. Eine Klärung erfolgt bis Ende 2017.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Fettke gibt einen kurzen Sachstand zur **Bonava-Erweiterung**. Das Bauvorhaben wird wohl Ende des Monats fertig und die Abnahme soll Mitte Juli erfolgen. Die Gestaltung der Außenanlagen wird bis September/Okttober erfolgen. Dies beinhaltet die Wiederherstellung der Gehwege. Die Erweiterung des Restaurants Liebstock soll bis August fertiggestellt sein.

Beim Jagdschloss wird im nächsten Ausschuss eine Drucksache eingebracht, die die Errichtung eines **Schutzdaches** über das gesamte Gebäude vorsieht. Die Errichtung des Daches ist aufgrund notwendiger Untersuchung an Knotenpunkten der Dachkonstruktion erforderlich, da diese erst untersucht werden können, wenn sie entlastet sind. Die Untersuchung ist für die weitere Planung unabdingbar.

Herr Tschepe gibt bekannt, dass die vom Ausschuss angeregte Informationstafel am **Kapitelhaus** aufgestellt wurde. Der Sand zur Verfüllung wurde abgedeckt, damit er nicht mehr verfliegt. Bis zur Baumaßnahme 2018 muss nun die Einfassung des Geländes geklärt werden.

Bei der Planung des **Parkplatzes** an der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße (Heimattiergarten/Parkclub) wurde die Kritik aus der letzten Ausschusssitzung aufgegriffen und der im Osten vorhandene Weg geradlinig an die geplante Ausfahrt angeschlossen. Bei der Bushaltestelle wird nochmals geprüft, ob die Neuerrichtung im Westen schon früher ausgeführt wird und dadurch die Anbindung der BestandsHaltestelle eingespart werden kann. Herr Wende kritisiert die Darstellung, da die Wahl der Farben nicht gelungen ist. Bis zum Ausführungsbeschluss soll auch die Klarstellung der Anbindung aus dem Osten erfolgen, da dies für Herrn Starcken nicht ersichtlich ist.

Bei der Straßenbaumaßnahme in der östlichen **Lindenstraße** wurde die Fällgenehmigung in einem Abschnitt nicht erteilt. Daraus ergeben sich Probleme mit der Zeitschiene und den zugesagten Fördermitteln. Eine abschließende Beratung mit dem Landkreis folgt am Donnerstag. Von den 2007 vorhandenen 120 Straßenbäumen sind jetzt noch 103 vorhanden. Im Zuge des grundhaften Ausbaus wären nur wenige zu halten. Zudem wurde nur bei wenigen Bäumen eine Reststandzeit von über zehn Jahre attestiert, da viele starke Schäden durch den Lkw-Verkehr und Streusalz aufweisen. Nur einzelne Bäume zu erhalten birgt Risiken. In der Planung wird ein Baum erhalten und eine neue Allee mit 187 Bäumen gepflanzt.

Herr Wende verweist auf das Beispiel Friedrich-Engels-Straße, bei der der **Neuaufbau einer Allee** gelungen ist. Er fragt, ob der wie bei neuen Alleen übliche größere Abstand zwischen Baum und Fahrbahn vorgesehen ist und schlägt in diesem Fall vor, dass die Pflanzung schon eher hinter dem Bestand erfolgt. Herr Tschepe sagt, dass die Bäume an der Fahrbahn gepflanzt werden sollen, da es sich um eine Stadtstraße handelt. Für die neuen Bäume werden bessere Standortbedingungen geschaffen.

Bezüglich der Richtlinie zu **Biodiversitätsmaßnahmen** sind diverse Anregungen eingegangen. Die Stadtverwaltung hat wie gewünscht die Anrechnung der Gelder auf ALG-2-Leistungen angefragt, aber noch keine Antwort erhalten. Herr Wende kündigt an, dass die Zuarbeit seiner Fraktion bis zum kommenden Freitag erfolgen wird.

In einem Schreiben an den **Busverkehr Oder-Spree** (BOS) durch die Stadt wurden mehrere Anregungen und Hinweise für die neue Fahrplanperiode gegeben. Es wurde angeregt, dass die Linie 411 bis nach 21:42 Uhr (letzte Ankunft im Halbstundentakt des RE 1) auch nach Nord und Süd fahren

soll. Es wurde weiterhin angeregt, die Linien 413 und 414 zu verknüpfen, um auch dem Schülerverkehr ein schnelles Angebot zwischen Nord und Süd einschließlich der Anbindung der Schulen an der Juri-Gagarin-Straße anzubieten. Die Stadt hat die Einarbeitung der vorgeschlagenen Verbesserungen beim letzten Fahrplanwechsel wohlwollend anerkannt.

Herr Wende wiederholt die Kritik an der weggefallenen **Frühverbindung** zum Zug um 5:54 Uhr. Die Wiedereinrichtung sollte gefordert werden, ebenso wie die Korrektur der Linien über Langewahl. Herr Tschepe sagt, dass wegen der kurzen Rückmeldezeit das Schreiben bereits versandt wurde. Nachmeldungen wären aber durchaus möglich.

Herr Hamacher merkt an, dass die **Fahrzeit** des Busses von Süd nach Nord zur Sigmund-Jähn-Grundschule unattraktiv lang ist (fast 1 h). Hier sagt Herr Tschepe, dass die Verknüpfung der schnellen Linien 413 und 414 einen Lösungsansatz darstellt. Herr Wende ergänzt, dass am Bahnhof auch von der Linie 413 auf die 411 umgestiegen werden kann.

Herr Tschepe informiert, dass die Brandenburgische Bodengesellschaft die zwei **Kasernengebäude** an der Rudolf-Breitscheid-Straße bis Ende dieser Woche ausgeschrieben hat.

Herr Tschepe sagt zur Nachfrage der Einrichtung eines **Grünpfeils** an der Ampel Lindenstraße zur Geschwister-Scholl-Straße, dass folgende Gründe für die Ablehnung der Maßnahme sprechen: Die Integration eines Leuchtpfeils wäre teuer (über 3.000 Euro) und die Nützlichkeit aufgrund der begrenzten Zahl von zwei Aufstellplätzen fraglich, da die Abbiegespur schnell blockiert ist. Weiterhin sprechen die höheren Gefährdungen von Fußgängern und Radfahrern dagegen.

In einer kurzen Präsentation informiert Herr Tschepe über Anträge auf verkehrsrechtliche Anordnungen der Stadt, welche durch das Straßenverkehrsamt abgelehnt wurden: Die Einrichtung einer **Tempo-30-Zone** rund um die Friedrich-Engels-Straße wurde vom Straßenverkehrsamt wegen Bedenken der Verschlechterung des Busverkehrs u.a. wegen der Rechts-vor-links-Regelung abgelehnt. Diesbezügliche Anfragen an den BOS zur Stellungnahme durch die Stadt wurden trotz mehrfacher Nachfragen nie beantwortet.

Der Ausweisung eines **Zweirichtungsradweges** zwischen Gellertstraße und Rauener Straße entlang der August-Bebel-Straße wurde die Zustimmung versagt. Die Gellertstraße stellt eine von Radfahrern gern genutzte Alternative zur August-Bebel-Straße dar. Der Antrag würde nur die Legalisierung des gängigen Verhaltens bedeuten. Im weiteren Verlauf der August-Bebel-Straße/Spreebrücke und auf der gegenüberliegenden Seite existiert eine derartige Regelung bereits.

Zur Erweiterung des **Parkangebots** im Bahnhofsumfeld soll in der Ernst-Thälmann-Straße ein zusätzliches Stellplatzangebot für Anwohner und Pendler entstehen, indem die abgeordneten Radwege zum Parken freigegeben werden (westlich zum Quer-, östlich zum Längsparken). Da die Borde teilweise über 6 cm hoch sind (maximal 10 cm) wurde der Antrag abgelehnt, obwohl es an anderen äquivalenten Stellen erlaubt wurde. Hier untersucht die Stadt verschiedene Lösungen zur Nivellierung.

In der Bahnhofstraße ist durch den Abbau der **Ampel** an der Poststraße die Möglichkeit des gesicherten Querens der Fahrbahn durch Fußgänger weggefallen. Die Fußgängerzählwerte reichen nicht für eine neue Ampel, aber für einen Fußgängerüberweg aus. Ein Antrag auf einen Fußgängerüberweg wurde am 13.04. beim Straßenverkehrsamt gestellt. Die Umsetzung hätte im zeitlichen Zusammenhang mit der Baumaßnahme an der Bahnhofstraße erfolgen können. Der Antrag wurde bis heute nicht beantwortet, da das Straßenverkehrsamt die Anfrage immer noch prüft. Herr Hoffrichter regt an, über eine „Baustellenampel“ eine temporäre Lösung zu finden.

Herr Tschepe bittet die Kreistagsabgeordneten um Unterstützung der Anträge durch den politischen Raum.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Almes erkundigt sich nach dem Stand bei den **Fahrradboxen am Bahnhof**. Die Aufstellung soll im Rahmen des Haushalts 2018 erfolgen, informiert Herr Tschepe.

Bezüglich der Anregung einer **Überquerungshilfe** auf der Rudolf-Breitscheid-Straße an der Kreuzung zur Leistikowstraße von Herrn Almes wird Herr Tschepe Informationen nachliefern.

Herr Almes regt an der Parkhausausfahrt der **Fürstengalerie** zur Reinheimer Straße an, dass dort ein oder zwei Fahrzeuge weniger parken sollten, um die Sicht und das Ausfahren zu erleichtern. Herr Tschepe verweist auf die gegenüberliegenden Spiegel. Hier hat es bislang keine Unfälle gegeben. Durch das beidseitige Parken wird eine Entschleunigung des fließenden Verkehrs erreicht.

Herr Grasnick bemerkt, dass auf dem **Kanu-Rastplatz** bei Mönchwinkel, der im Eigentum des Stadtförstes ist, ein wilder Campingplatz entstanden ist. Herr Tschepe will dies klären. Herr Hoffrichter sagt, wenn das Grundstück nicht auf dem Stadtgebiet liegt, dann ist die zuständige Gemeinde dafür verantwortlich.

Herr Hemmerling bedauert, dass der **Casa-Reha-Brunnen** nicht sichtbar ist, da die Scheiben beschlagen. Herr Tschepe informiert, dass die Planer eine Lösung zur Verbesserung der Belüftung suchen. Einen aktuellen Stand wird er weitergeben.

Herr Hoffrichter informiert, dass in Königs Wusterhausen ein **Fahrradparkhaus** mit 500 bis 600 Stellplätzen für 2,3 Mio. Euro entstehen soll. Es wird zu 3/4 gefördert. Er regt an, dies auch als Beitrag der dargelegten Nachfragezuwachsprognose auf der RE-Linie 1 als Möglichkeit der Bedarfsabdeckung anzusehen. Herr Tschepe ergänzt, dass es 2018/19 realisiert werden soll und will konkrete Informationen einholen und weitergeben. Herr Wende regt an, die Landes-Richtlinie zum ÖPNV zur Finanzierung zu prüfen.

Herr Luban spricht sich dafür aus, an der Kreuzung Johann-Sebastian-Bach-Straße/Julian-Marchlewski-Straße/Juri-Gagarin-Straße weiterhin eine **Ampelregelung** zu haben. Herr Tschepe führt aus, dass die Ampel derzeit außer Betrieb ist, weil sie defekt ist und keine Ersatzteile mehr zu bekommen sind. Der weitere Umgang muss geklärt und auch ein Kreuzungsumbau in Erwägung gezogen werden. Ein Neubau in gleicher Form wird für nicht sinnvoll gehalten. Herr Luban regt an, durch die Betroffenheit der Buslinie 411 eine provisorische Ampel aufzustellen. Herr Hamacher bittet um Informationen, welche Teile genau defekt sind. Dies will Herr Tschepe einholen.

Herr Almes fragt, wie der Stand bezüglich der **Altlasten** auf den alten Deponien in Molkenberg Richtung Neuendorf im Sande ist. Herr Tschepe bittet um genauere Angaben der Flächen, damit Informationen eingeholt werden können.

Herr Wende hat festgestellt, dass am **Teich** an den Samariteranstalten ein Weg gebaut wird und bemerkt, dass es sich um einen Brutplatz von Eisvögeln handelt. Herr Tschepe sagt, dass es sich um ein Privatgrundstück handelt und ihm keine Bauanträge bekannt sind.

Herr Wende fragt nach den Bautätigkeiten am ehemaligen **Rechenzentrum**. Herr Tschepe sagt, dass ein Bauantrag zum Umbau zum Zwecke des Wohnens gestellt und genehmigt wurde.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:31 Uhr und schlägt vor dem nichtöffentlichen Teil eine kurze Pause vor.

Kai Hamacher

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer